

TOP 26:

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Bekämpfung von Desinformation im Internet - ein europäisches Konzept

COM(2018) 236 final

Drucksache: 154/18

Die vorliegende Mitteilung zielt darauf ab, Transparenz, Vielfalt und Glaubwürdigkeit der Inhalte auf Online-Plattformen zu erhöhen, um Desinformationen im Internet zu bekämpfen und die Medienkompetenz der Rezipienten zu stärken. Damit soll die Meinungsfreiheit und politische Willensbildung in Europa geschützt werden.

In der Mitteilung werden die wichtigsten übergeordneten Grundsätze und Ziele für Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Desinformation angeführt. Es wird eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die Plattformen, Mitgliedstaaten und Kommission ergreifen können, um Desinformationen im Internet zu bekämpfen.

Zentrale Aussagen sind, dass

- der europäische Ansatz auf den Austausch aller betroffenen Akteure und die Selbstregulierung durch die Plattformen setzt,
- Plattformen und die Werbeindustrie einen gemeinsamen Verhaltenskodex erarbeiten sollen, der unter anderem folgende Themen adressieren soll: Schließung von Scheinkonten, Kennzeichnung von „Bots“, verbesserte Kontrolle der Platzierung von Werbung, Transparenz bezüglich gesponserter Inhalte und Verbesserung der Auffindbarkeit vertrauenswürdiger Inhalte,
- das eIDAS-Kooperationsnetzwerk den Einsatz freiwilliger vertraulicher Online-Systeme zur Identifikation und Authentifizierung von Inhalte-Anbietern fördern soll.

Die Kommission plant folgende Vorhaben:

- die Schaffung eines unabhängigen europäischen Netzes von Faktenprüfern,
- die Unterstützung von Mitgliedstaaten bei der Sicherung der Wahlzeiträume,
- Sensibilisierungsmaßnahmen sowie vielfältige Initiativen zur Verbesserung der Medienkompetenz und
- Ausbau der strategischen Kommunikation mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst, um Falschmeldungen entgegenzuwirken.

Die Kommission erwägt darüber hinaus eine finanzielle Förderung von Qualitätsjournalismus und fordert auch die Mitgliedstaaten dazu auf, hierfür horizontale Beihilferegulungen in Betracht zu ziehen.

Die **Empfehlungen der Ausschüsse** sind aus der **Drucksache 154/1/18** ersichtlich.